



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Mitglied im Bundesvorstand
Frauenpolitische Sprecherin
Mitglied und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bildungs- und Migrationspolitische Sprecherin

Erfurt, den 22.11.2011

Liebe Freundinnen und Freunde,

auf diesem Weg möchte ich Euch über Neues aus meiner politischen Arbeit in Bund und Land informieren.

THEMEN:

- 1) Entschieden gegen Rechts**
- 2) BgR-Podiumsdiskussion am 23.11.2011 in Weimar**
- 3) BDK in Kiel**
- 4) Gorleben-Protteste**
- 5) Bündnisgrüne Landtagsfraktion bringt Bildungsfreistellung auf den Weg**
- 6) Grüne werben nachdrücklich für ein Thüringer Kulturfördergesetz**
- 7) Abschiebestopp für Roma**
- 8) 2. Ordentlicher Bundesfrauenrat**
- 9) Veranstaltungsreihe zur Inklusion**
- 10) Sonstiges**

1) Entschieden gegen Rechts

Das Ausmaß des rechtsextremen Terrors sorgt bundesweit für Entsetzen und erschüttert uns alle. Doch jetzt so zu tun, als sei derartiges nicht annähernd vorstellbar gewesen, zeugt von einer bezeichnenden Fehleinschätzung und jahrelanger Verharmlosung rechter Gewalt und

rechtsextremer Strukturen. Gerade erst wurden im Bundeshaushalt Millionen für den Kampf gegen Rechts gestrichen - eine fatale Gleichsetzungslogik wurde und wird von Ministerin Schröder beispielhaft öffentlich vertreten. Zivilgesellschaftliche Initiativen und Opposition hatten immer wieder vor der stetigen Radikalisierung in der rechten Szene gewarnt. Ernst oder wahrgenommen wurde dies kaum - im Gegenteil. Repression gegen engagierte BürgerInnen und die Zivilgesellschaft machte nicht erst seit dem sog. Handygate in Dresden die Runde.

Schon vor mehr als zehn Jahren gab es den Verdacht, dass das Verschwinden der drei Thüringer Neonazis, aktiv im sog. Thüringer Heimatschutz, auch von Behörden gedeckt wurde. Immer wieder wurde zudem die Frage gestellt, welche Rolle die V-Leute in der rechten Szene auch in diesem Zusammenhang spielten. Antworten gab es bisher keine. Die Landesregierung sah - auf Nachfragen damals - 2001 keinerlei Ansätze für terroristische Gefährdungen von Rechts. Erst vor wenigen Wochen antwortete der Präsident des Thüringer Landesverfassungsschutzes auf einem Podium in der Europäischen Jugendbegegnungsstätte Weimar auf meine Frage, dass er den Einsatz von V-Leuten in der rechten Szene für gerechtfertigt und notwendig hielt, sah aber aktuell keinen Anlass zur ernsthaften Sorge mit Blick nach Rechts.

Die nunmehr zutage gekommenen erschreckenden Zusammenhänge mit Blick auf die über Jahre perfide durchgeführten gezielten Morde und sonstigen Aktivitäten der Neonazis erfordern eine öffentliche Aufklärung und zwar ohne wenn und aber. Vertrauen in die Polizei und die Behörden kann nur mit konsequenter und lückenloser Transparenz wieder aufgebaut werden. Hier stellt sich insbesondere die Frage nach dem Handeln und der Verantwortung des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, welches über Jahre Neonazis wie Tino Brandt als V-Männer führte. Aber auch alle weiteren damit befassten Landesämter und das Bundesamt müssen offen legen, über welche Erkenntnisse sie wann und in welchem Umfang verfügten. Einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag wird der Bundesvorstand auch auf dem Bundesparteitag am kommenden Wochenende in Kiel einbringen.

Diesen Dringlichkeitsantrag könnt Ihr hier nachlesen http://www.gruene-partei.de/cms/default/dok/393/393286.gefahr_fuer_die_demokratie_von_rechts.htm

Weiterhin gibt es einen Offenen Brief des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus. Den findet Ihr verlinkt auf meiner Homepage <http://www.rothe-beinlich.de/aktuell/rechtsextremismus/4688147.html>

Ebenso eine Erklärung bündnisgrüner Innen- und RechtspolitikerInnen in den Landtagen Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt <http://www.rothe-beinlich.de/aktuell/rechtsextremismus/4688147.html>

2) BgR-Podiumsdiskussion am 23.11.2011 in Weimar

Aus aktuellem Anlass findet am Mittwoch, den 23.11.2011, um 19.00 Uhr in der Weimarahalle in Weimar (Kleiner Saal) eine Podiumsdiskussion zum Nazi-Terror statt, bei der ich unter der Moderation von Hartmut Kaczmarek (TLZ-Chefredakteur) mit Innenminister Jörg Geibert, Heiko Gentzel (MdL, SPD), Katharina König (MdL, LINKE) und Steffen Dittes (Flüchtlingsrat Thüringen e.V.) diskutieren werde.

BLIND ? TAUB ? STUMM ? - BgR-Podiumsdiskussion zum NAZI-TERROR / Mittwoch, 23.11.2011, 19:00 Uhr / Weimarahalle, Kleiner Saal

Mehr Infos http://www2.rothe-beinlich.de/uploads/bgr_podium_231111.jpg

3) BDK in Kiel

Die nächste Bundesdelegiertenkonferenz findet am kommenden Wochenende (25.-27.11.2011) in Kiel statt, da im Mai in Schleswig-Holstein Neuwahlen anstehen. Themen werden u.a. Europa, die Ökologische Transformation der Wirtschaft, Grüne Finanzpolitik, Inklusion und Demokratie sein. Außerdem gibt es eine Vielzahl von V(Verschiedenes)-Anträgen, über deren Ranking und Beratung am Freitag basisdemokratisch abgestimmt wird. Als Bundesvorstand haben wir uns entschieden, diese BDK beteiligungsorientierter zu gestalten. Deshalb beginnen wir am Freitag mit einer Workshopphase, in der Kontroversen rund um die Anträge aus dem Gesamtkomplex Demokratie beraten und mögliche Lösungen diskutiert werden. Mir obliegt die Aufgabe, am Freitag in einem Workshop die unterschiedlichen Positionen zum NPD-Verbot zusammen zu bringen und daraus eine grüne Positionierung abzuleiten. Den Gesamtantrag des Bundesvorstandes, für den ich die Federführung hatte, findet Ihr hier http://www.gruene-partei.de/cms/default/dok/393/393286.gefahr_fuer_die_demokratie_von_rechts.htm Wenn Ihr Interesse an einem Workshop habt, meldet Euch bitte auf der Homepage des Bundesverbandes dafür an. Ich selbst werde den Antrag unter der Überschrift "Gefahr für die Demokratie von Rechts" am Sonntag auf der BDK einbringen. Ich hoffe, wir sehen uns auf der BDK und haben vielleicht die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Alle Informationen rund um die BDK findet Ihr hier <http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/bdk-in-kiel-1.html>

4) Gorleben-Proteste – Gorleben soll leben und der Ausstieg ist noch lange nicht umgesetzt!

In dieser Woche ist es wieder soweit, der nächste Castor rollt nach Gorleben. Am Mittwoch oder Donnerstag dieser Woche wird er in Frankreich starten. Am 26. November ist eine Großaktion in Dannenberg geplant. Wir bleiben dabei: Der Bau des Endlagers in Gorleben muss sofort beendet werden. Gorleben als Endlagerstandort ist geologisch ungeeignet und politisch verbrannt. Wir brauchen ein Endlagersuchgesetz, das auf den Empfehlungen des Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AKEnd) aufbaut. Gorleben kann genauso wenig Standort im Vergleichsverfahren werden, wie die gescheiterten Standorte Asse und Morsleben solchen Kriterien standgehalten hätten. Die Bundesregierung muss jetzt einen Baustopp in Gorleben aussprechen und ein ergebnisoffenes, bundesweit vergleichendes Endlagersuchverfahren auf den Weg bringen. Im Atomgesetz (AtG) muss die im letzten Herbst eingefügte Enteignungsklausel, die auf einen schnellen Ausbau in Gorleben abzielt, wieder gestrichen werden. Der Zeitplan sieht momentan so aus, dass der Castor voraussichtlich am Donnerstag, den 24.11., in Frankreich starten wird.

Am Samstag, den 26.11., findet ab 12.30 Uhr eine Großdemonstration in Dannenberg statt. Je nachdem, wo sich der Zug an diesem Tag befindet, werden eventuell parallel und definitiv im Anschluss daran weitere Widerstandsaktionen stattfinden.

Der eigentliche Tag X ist dann wahrscheinlich der 27. oder 28. November.

Alle wichtigsten Informationen die Ihr braucht, findet Ihr hier www.gruene.de/themen/gorleben-stoppen.html

Mehr Informationen zu den Großdemonstrationen in Dannenberg könnt Ihr bei ausgestrahlt nachlesen www.ausgestrahlt.de/mitmachen/castor11/demo.html

Ab Sonntag nach der BDK werde auch ich an den Protesten in Gorleben teilnehmen. Am Montag tagt dann der Bundesvorstand in Gorleben.

Den bewegungsgrünen Aufruf zu den Protesten findet Ihr hier http://www.gruene-luechow-dannenberg.de/aktuelles/?no_cache=1&expand=378930&displayNon=1&cHash=a9ddef6e7f9116bf7972eed8db39ec2c

5) Bündnisgrüne Landtagsfraktion bringt Bildungsfreistellung auf den Weg

Nachdem wir zwei Jahre auf den im Koalitionsvertrag angekündigten Gesetzentwurf für ein Bildungsfreistellungsgesetz von der Landesregierung gewartet haben, jedoch bisher keinerlei Initiative von Bildungsminister Matschie unternommen wurde, haben wir nun einen umfassenden Entwurf vorgelegt. Bis auf die FDP haben alle Fraktionen im Landtag Einigkeit in der Intention demonstriert, mit einem Bildungsfreistellungsgesetz für die Thüringerinnen und Thüringer einen verbindlichen Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung von der Arbeit an fünf Arbeitstagen im Jahr für Bildung zu schaffen.

Wir meinen, dass die bisher von der Landesregierung mehr als stiefmütterlich behandelte Erwachsenen- und Weiterbildung, deutlich gestärkt werden muss und verfolgen das Ziel, lebenslanges Lernen konsequent zu fördern. Wir haben das Bildungsfreistellungsgesetz finanziell entsprechend untersetzt und werden wir außerdem gerade im Bereich der Erwachsenen- und Weiterbildung zu den Haushaltsberatungen weitere Vorschläge für eine bessere Finanzausstattung vorlegen.

Mit Blick auf das weitere Verfahren muss klar sein, dass nicht sein kann, dass wir den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf Monate lang verzögern, bis die Landesregierung endlich ihren eigenen Gesetzentwurf vorlegt. Wir meinen, mit unserem Vorschlag lässt sich nun konstruktiv arbeiten, um auf die sich stetig ändernden Anforderungen im Erwerbsleben, mit einem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärkenden Anspruch auf Bildung zu begegnen, so wie dies bereits zwölf von 16 Bundesländern bereits gesetzlich geregelt haben. Unser Ziel ist letztlich ein Stück weit bundesweite Normalität auch für Thüringen schaffen. Der Anspruch auf Bildungsfreistellung, so wie ihn die bündnisgrüne Landtagsfraktion vorschlägt, sichert die Möglichkeit für jede und jeden zur individuellen, kulturellen und politischen Bildung. Gerade im Bereich der Demokratiebildung soll im Zuge der Bildungsfreistellung die Möglichkeit geschaffen werden, Wissen zu erlangen und sich somit auch besser mit der Welt auseinander setzen zu können. Persönlichkeitsbildung ist ein lebenslanger Prozess, der allerdings entsprechende Rahmenbedingungen erfordert.

Unser Gesetzentwurf wurde in den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur verwiesen. Den Gesetzentwurf selber und die Debatte dazu im Landtag könnt Ihr Euch hier nochmal anschauen <http://plenumonline.fem.tu-ilmenau.de/thueringen/Default.aspx?TOPcount=18>

6) Grüne werben nachdrücklich für ein Thüringer Kulturförderungsgesetz

Auf unserer Landesdelegiertenkonferenz am 12.11. in Gotha haben unsere Delegierten einen umfassenden Antrag für ein Thüringer Kulturförderungsgesetz beschlossen.

Von Gotha geht ein deutliches Signal zur Stärkung der Thüringer Kunst- und Kulturszene aus und wir werden uns nun als Fraktion auf den Weg machen, ein bündnisgrünes Kulturförderungsgesetz zu erarbeiten und dem Thüringer Landtag zur Beratung vorzulegen. Die breite Zustimmung zum Antrag, der in enger Zusammenarbeit mit Kunst- und Kulturschaffenden entwickelt wurde, zeigt die Notwendigkeit, Kulturpolitik stärker zu thematisieren und nicht auf die Theater- und Orchesterfinanzierung zu reduzieren. Insbesondere werben wir für mehr Transparenz und Verlässlichkeit im Rahmen der staatlichen Kulturförderung, für die Stärkung der kulturellen Bildung und der freien kulturellen Szene im Freistaat.

Den Beschluss findet Ihr hier http://www.gruene-thueringen.de/cms/default/dok/396/396643.v11_beschluss_kulturfoerderungsgesetz.htm

7) Abschiebestopp für Roma

Für das Dezemberplenium wollen wir gemeinsam mit der LINKE einen Antrag auf den Weg bringen, der drei Punkte beinhaltet.

1. alle Abschiebungen in den Kosovo, Montenegro, Albanien und Serbien bis mindestens Ende April 2012 im Rahmen eines sogenannten Wintererlasses auszusetzen,
2. eine unabhängige Kommission einzusetzen, die die Lebensbedingungen von aus Deutschland abgeschobenen Menschen im Kosovo untersucht, und den Landtag über die Untersuchungsergebnisse innerhalb von drei Monaten zu unterrichten,
3. sich auf Bundesebene für ein generelles Verbot von Abschiebungen in den Kosovo sowie für ein Verbot von Abschiebungen von aus dem Kosovo stammenden Menschen in die Republik Serbien einzusetzen.

Unbestritten ist, dass die Situation der Roma und Ashkali insbesondere im Kosovo eine menschenunwürdige ist. Das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg kam zu dem Ergebnis, dass insbesondere für Roma „die Lage dort ... unsicher“ ist. Baden-Württemberg setzte daraufhin Abschiebungen von Roma in den Kosovo und nach Serbien aus. Auch haben in der Vergangenheit Bundesländer im Rahmen sogenannter Wintererlasse Abschiebungen in den Kosovo, nach Serbien zumindest in den Herbst- und Wintermonaten ausgesetzt. Wir hoffen, dafür auch im Thüringer Landtag eine Mehrheit zu finden.

8) 2. Ordentlicher Bundesfrauenrat

Am 5. und 6. November 2011 tagte der 2. Ordentliche Bundesfrauenrat 2011 in der Stadtmission in Berlin und diskutierte unter anderem intensiv über den Gleichstellungsbericht der Bundesregierung.

Der Bundesfrauenrat diente im wesentlichen als Arbeitstreffen zur Vorbereitung der anstehenden Programmearbeitung für 2013 und erörterte zudem intensiv den Gleichstellungsbericht der Bundesregierung.

Den Bericht zum Bundesfrauenrat und den Link zum Beschluss „Alles Quote – und sonst nichts?“ könnt Ihr hier nachlesen <http://www.rothe-beinlich.de/aktuell/frauen/4643772.html>

9) Veranstaltungsreihe zur Inklusion

Am 8. November 2011 fand im Thüringer Landtag die Auftaktveranstaltung zur Inklusion statt.

Nach einer Begrüßung durch unsere Fraktionsvorsitzende Anja Siegesmund, diskutierten - moderiert von Blanka Weber (DLF) - unter der Überschrift "Inklusion statt Aussonderung - Wege zu einer Schule für alle" fast 60 Interessierte aus Politik, Wissenschaft und dem Schulwesen, aber auch betroffene Eltern selbst über Chancen, Umsetzungsmöglichkeiten und den aktuellen Stand von Inklusion in Thüringen. Dabei lebte die Diskussion auch durch Kontroverse, ausgelöst durch die nicht immer einhellige Meinung der PodiumsteilnehmerInnen.

Ich habe dabei unsere Position deutlich gemacht, dass auf dem gemeinsam zu gehenden Weg der Inklusion keine Ängste geschürt werden und endlich die notwendigen Rahmenbedingungen für ein inklusives Schulsystem in Thüringen geschaffen werden müssen. Deutlich wurde zudem auch in der Kritik von Lehrkräften und betroffenen Eltern am Gemeinsamen Unterricht, dass wir endlich ein umfassendes Inklusionskonzept benötigen.

Viele der TeilnehmerInnen haben den Wunsch geäußert, den Austausch in dieser Form fortsetzen

zu wollen. Die nächste Gelegenheit dafür gibt es schon am Donnerstag, den 1. Dezember 2011, 18.00 Uhr in Mühlhausen. Ein besonderer Dank gilt allen OrganisatorInnen und InputgeberInnen dieser Veranstaltung, sowie den PodiumsteilnehmerInnen und der Moderatorin Blanka Weber.

10) Sonstiges

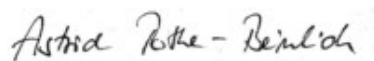
Hinter uns liegt ein eine ausgesprochen schwierige LDK. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir nur gemeinsam als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stark sein können, wenn wir auch im Umgang miteinander Respekt walten lassen, Augenhöhe bewahren und uns möglichst breit aufstellen, indem wir alle einbinden und mitnehmen – ohne beliebig zu werden. In diesem Sinne gilt mein Dank noch einmal Madeleine Henfling, die in den letzten zwei Jahren als Landessprecherin eine herausragende Arbeit leistete.

Wenn Ihr Vorschläge, Wünsche, Anregungen und/oder Kritik habt, lasst es mich wissen.

Ich komme gern zu Euch und auch Ihr seid mir – nicht nur in meinen Wahlkreisbüros in Gera und Erfurt sondern auch sonst - stets willkommen.

Herzlichst Eure

Astrid Rothe-Beinlich



KONTAKT:

Wahlkreisbüro Astrid Rothe-Beinlich in Erfurt

Lutherstr. 5
99084 Erfurt

Büroleiterin

Stefanie Dolling

T: +49(0)361/ 57 650 54

F: +49(0)361/ 57 650 35

erfurt@rothe-beinlich.de

Wahlkreisbüro Astrid Rothe-Beinlich in Gera

Heinrichstraße 50
07545 Gera

Büroleiterin

Stefanie Dolling

T: +49(0)365/ 55 146 65

gera@rothe-beinlich.de